

# Blockade und Luftbrücke 1948 / 1949

Vor 65 Jahren, vom 26. Juni 1948 bis zum 30. September 1949, waren die brummenden Motoren der Flugzeuge der Alliierten für alle Berlinerinnen und Berliner bei Tag und Nacht hörbarer Beweis, dass Amerika, Großbritannien und Frankreich der Bedrohung der Freiheit der Stadt durch die sowjetische Blockade Widerstand leisten.

Wer die heutige Situation der wiedervereinigten Stadt verstehen will, dem verschafft ein Rückblick auf die 1. Berlin – Krise wichtige Grundkenntnisse für heutige politische Zusammenhänge.

Noch während des II. Weltkriegs hatten die 4 späteren Hauptsiegermächte beschlossen, Deutschland in 4 Zonen sowie das besondere Verwaltungsgebiet Groß Berlin aufzuteilen.

Die geografisch westlich gelegenen Zonen wurden von den USA, Großbritannien und Frankreich besetzt, die östlich gelegene Zone von der Sowjetunion. Für jede dieser Zonen lag die oberste Gewalt bei der jeweiligen Militär-Regierung.

Berlin, etwa 180 km von der westlichen Grenze der sowjetischen Zone entfernt gelegen, wurde in vier Sektoren aufgeteilt, die von den Stadtkommandanten der jeweiligen Besatzungsmacht geleitet wurden. Für Berlin als Ganzes war die gemeinsame Zuständigkeit der 4 Stadtkommandanten (Alliierte Kommandantur) vereinbart worden.

Schon bei der Frage der politisch-geografischen Lage ergaben sich ernste Differenzen. Die Sowjetunion interpretierte diese Lage in ihrem Interesse: danach lag die deutsche Hauptstadt „auf dem Territorium der sowjetischen Zone“ (bzw. der späteren „DDR“). Die Westmächte sahen Groß Berlin als unter gemeinsamer 4-Mächte-Verwaltung stehendes, von der sowjetischen Zone umgebenes Gebiet.

Für den Alltag der Berliner Bevölkerung, die vorrangig damit beschäftigt war, in der von Trümmern übersäten Stadt wieder ziviles Leben aufzubauen, war die Bedeutung dieser wichtigen statusrechtlich Unterscheidung zunächst nicht relevant.

Als im Frühjahr 1948 die West-Mächte in ihren Zonen zur Wiederherstellung eines geordneten Wirtschaftslebens die DM (Deutsche Mark) einführten, konnten die Probleme der 4-Mächte-Zusammenarbeit in Berlin nicht mehr überbrückt werden.

In den Monaten zuvor hatten die West-Mächte versucht, in Verhandlungen mit der Sowjetischen Militäradministration (SMA) über die politische und wirtschaftliche Verfassung von Nachkriegsdeutschland Einvernehmen herzustellen.

Nachdem alle Versuche, ein einheitliches Wirtschafts- und Finanzsystem für ganz Deutschland herzustellen, gescheitert waren, führten die West-Mächte am 20. Juni 1948 in ihren Zonen die D-Mark als allein gültiges Zahlungsmittel ein und brachten die unter größter Geheimhaltung nach Deutschland transportierten Banknoten der

neuen Währung in Umlauf. Von dieser Währungsreform war Groß Berlin ausdrücklich ausgenommen, um die gemeinsame 4-Mächte-Verwaltung der Stadt zu wahren.

Nun war für die Sowjetische Militär-Administration (SMA) eine prekäre Situation entstanden: Millionen in den West-Zonen im Umlauf befindliche Geldscheine der Reichsmark bzw. Rentenmark wurden dort von heute auf morgen wertlos; in der sowjetischen Besatzungszone hingegen waren sie weiter gültiges Zahlungsmittel. Das hätte in der Ost-Zone binnen kurzer Zeit zu einem Zusammenbruch des Wirtschaftssystems geführt, wenn diese mit den „alten“ Geldscheinen aus den West-Zonen überflutet worden wäre.

Die Antwort lag auf der Hand: Eine eigene neue Währung für die sowjetische Besatzungszone! Da die Sowjetunion keine Geldscheine einer neu einzuführenden „Ostmark“ im Hinterhalt hatte, behalf man sich kurzerhand damit, Rabattmarken-ähnliche Aufkleber auf die alten Geldscheine von Reichsmark und Rentenmark zu kleben, die mit Wirkung vom 23. Juni (Befehl Nr. 117/SMA) seitens der Sowjetunion als allein gültiges Zahlungsmittel eingeführt wurden. Und zwar nicht nur in der sowjetischen Besatzungszone, sondern ausdrücklich auch in Groß Berlin.

Diese Ausdehnung der Gültigkeit der neuen „Ostmark“ auf Groß Berlin, also auch auf die West-Sektoren, konnte von den 3 westlichen Stadtkommandanten nicht hingenommen werden. Sie reagierten sofort mit dem Befehl vom 23. Juni 1948, mit dem sie die Befehle der SMA für „null und nichtig“ erklärten und nun ihrerseits die Gültigkeit der DM für Groß Berlin anordneten. Aus Statusgründen wurden dabei die in Berlin ausgegebenen Geldscheine mit dem Aufdruck oder einer Perforierung „B“ versehen.

Dies beantwortete die Sowjetunion mit der Blockade der Zugangswege zwischen den West-Sektoren Berlins und den West-Zonen ab 24. Juni 1948, 6.00 Uhr.

Kaum bekannt ist dagegen, dass die West-Mächte, in dem Versuch, wieder einigermaßen normale Verhältnisse in Berlin zu schaffen, in Verhandlungen mit der Sowjetunion einige Verfahrensschritte in Erwägung gezogen haben, die zu einer völlig anderen Situation geführt hätten. Wären diese Überlegungen realisiert worden, hätte die politische und wirtschaftliche Gestaltung Deutschlands und Europas eine im Rückblick kaum vorstellbare Entwicklung nehmen können.

In der gemeinsamen Direktive der 4 (!) Regierungen vom 30. August 1948 an die vier Militärgouverneure in Berlin wurde von den 4 (!) Mächten festgelegt:

(A) Die kürzlich auferlegten Beschränkungen des Verkehrs, des Transportwesens und des Handels zwischen Berlin und den Westzonen und von und nach der Sowjetzone sollen aufgehoben werden.

(B) Die Deutsche Mark der Sowjetzone soll als einziges Zahlungsmittel für Berlin eingeführt und die mit „B“ gezeichnete Westmark in Berlin aus dem Verkehr gezogen werden.

Es bedarf keiner besonders lebhaften Vorstellungskraft, um sich auszumalen, was es für die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung Deutschlands und Berlins bedeutet hätte, wäre diese Direktive tatsächlich in Kraft getreten.

Die Frage, ob die West-Mächte ernsthaft erwogen haben, den in der Direktive vorgeschlagenen Weg zu gehen oder ob der ausdrückliche Vorbehalt, dass die 4 Militärgouverneure bis zum 7. September 1948 über die für die Durchführung dieser Beschlüsse erforderlichen Anordnungen beraten sollten, taktische Hintergründe hatte, somit das Scheitern der Direktive von westlicher Seite von vornherein beabsichtigt war, kann heute wohl nicht mehr aufgeklärt werden.

Vielleicht ist die Direktive vom 30. August 1948 auch das spannende Zeugnis einer unsicheren Zeit.

Während und nach dem II. Weltkrieg hatte die 4 Siegermächte vor allem das Ziel geeinigt, Nazi - Deutschland zu besiegen und als künftigen Störfaktor der Internationalen Ordnung auszuschalten. Die Teilung war kein ausdrückliches Ziel, sondern eher die Konsequenz eines zuvor nicht beachteten Systemkonflikts. Dieser trat erst offen zu Tage, nachdem die Siegermächte ihr Hauptziel erreicht hatten. Berlin war der Ort, an dem dieser Konflikt am heftigsten ausgetragen wurde.

Aus dem Gesamtzusammenhang spricht einiges dafür, dass die West-Mächte, und hier insbesondere US-General Lucius D. Clay, alles getan hätte, um diese Direktive nicht zur Realität werden zu lassen. Clay gehörte zu den Wortführern einer neuen Sicht auf die europäische Situation. Er hielt die sowjetische Außenpolitik für aggressiv und wollte nicht zurückweichen. Am Ende setzte sich diese Richtung durch.

Was es bedeutet hätte, wäre in Folge dieser Direktive Berlin aus der DM ausgeschlossen und stattdessen in den Währungsraum der Sowjetzone einbezogen worden – darüber lässt sich nur spekulieren. Zweifellos war der „Kalte Krieg“ eine schlimme Periode und ohne Frage war die Teilung eine schmerzhaft Notlösung, aber immer noch besser als ein „heißer Krieg“.

Jedenfalls hing die Westbindung der Stadt und damit auch die deutsche Wiedervereinigung sowie die gesamte Nachkriegsentwicklung Europas in der Zeit vom 30. August bis zum 7. September 1948 am sprichwörtlichen „seidenen Faden“.

H.-G. Reese

Quellen: Dokumente zur Berlin – Frage 1944 – 1966

R. Oldenbourg Verlag München 1987